



BERGSTRASSE

## PRESSEMITTEILUNG 2/2015

### Fremdenfeindlichkeit entschieden entgegentreten

**Kreis Bergstraße.** „Fremdenfeindlichkeit wird seit Jahren angeheizt, auch insbesondere von Politikern der Union, neuerdings der AfD und von den Medien - Sarrazin war da nur eine von vielen Steilvorlagen, die man dankbar verwandelte“, zitierte Tony Schwarz, Kreisvorsitzender der Bergsträßer Kreisverbandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bei der Veranstaltung anlässlich des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus in Bensheim den Nationalökonom Albrecht Müller, der Mitarbeiter der Kanzler Brandt und Schmitt war und viele Jahre für die SPD im Bundestag saß.

Es stelle sich die Frage, woher der Hass und die Angst kommen, die Bewegungen wie Pegida speisen. Schwarz stimmte Müllers Ansicht zu, dass Politik und Medien dafür den Grundstein gelegt hätten. Es sei alles getan worden, „um weitere Grundlagen dafür zu legen, dass Menschen, die von oben getreten werden, nach unten weitertreten“. Arbeitslosigkeit, seit 20 Jahren stagnierende oder gar sinkende Löhne und Angst vor sozialem Abstieg seien die Basis für das Erstarken des rechten politischen Randes. „Wir hatten das alles schon mal“, gab Schwarz zu bedenken.

Ängste der Menschen würden nicht ernst genommen, vielmehr sei die Politik gar so angelegt, die Unsicherheit zu vermehren. Zentral dabei sei vor allem der immer weiter zunehmende Kahlschlag im Bereich der Sozialstaatlichkeit. Wie die Geschichte lehre, reagieren die betroffenen in einer solchen Situation nicht mit der notwendigen und berechtigten Aggressivität nach oben, sondern es werde nach unten getreten.

Wirksame Mindestlöhne, der Abbau des Niedriglohnsektors und eine gerechte Steuerverteilung wären wirksame Maßnahmen im Inneren. Hinzu wären Medien wünschenswert, die sich Aufklärung und Information, nicht Propaganda und Agitation auf die Fahnen schreiben. In der Außen- und Sicherheitspolitik müsste die militärische Option, die bislang die Flüchtlingsströme stets nur vergrößert habe, aufgegeben werden. Es geschehe bislang jedoch nichts, stattdessen würden der soziale Zusammenhalt und die soziale Gerechtigkeit ins Abseits geschoben. Sich Organisationen wie Pegida in den Weg zu stellen, sei richtig, doch werde dies allein das Problem nicht lösen. „Wenn wir nicht aufpassen und den weiteren Abbau der Sozialstaatlichkeit und die Zunahme militärischer Töne zulassen, wird dies leider nur der Anfang gewesen sein“, schloss der GEW-Kreisvorsitzende.

Manfred Forell von der Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bezeichnete das Umsichgreifen jeder Art als beängstigend. „Man bekommt den Eindruck, als habe es Rostock-Lichtenhagen, Solingen oder die NSU-Morde nie gegeben“, so Forell, der zu entschlossenem zivilgesellschaftlichem Handeln gegen fremdenfeindliche Tendenzen und zu Solidarität für die Flüchtlinge aufrief.

Günter Löffler von der Initiativgruppe „Gedenkgang Kirchbergmorde März 1945“ unterstrich, dass Organisationen wie Pegida Angst und Hass schüren und somit für ein immer besorglicheres Klima sorgen. Auch der Antisemitismus gehöre längst nicht der Vergangenheit an, sondern komme lediglich in einem anderen Gewand daher.

Peter Kalb von der Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger wies in seinem Redebeitrag darauf hin, dass es nicht nur ums Erinnern an die schrecklichen Taten in der Zeit des Nationalsozialismus gehen dürfe, sondern man sich immer Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenstellen müsse. Dies unterstrich auch Angelika Köster-Lossack vom Synagogenverein Auerbach, die vor der Veranstaltung mit einer Überlebenden des Holocaust telefonierte. Diese habe ihr gesagt, dass es notwendig sei, die Erinnerung zu bewahren, denn dies sei die Grundlage, um zu erkennen, „wenn es wieder so weit ist“.

Der Vorsitzende des DGB Bergstraße, Franz Beiwinkel, erinnerte in seiner Rede an die psychisch kranken Menschen, die im Rahmen der Euthanasie der nationalsozialistischen Tötungsmaschinerie zum Opfer fielen. 287 Patienten seien allein über Heppenheim der Vernichtung zugeführt worden. Ute Schmitt vom DGB erinnerte an die unzähligen Sinti und Roma, die von den Nazis in den Vernichtungslagern ermordet wurden.